

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Redaktion: Dr. Krawinkel, Dresden.

Abonnementpreis: 6.00 M. monatlich, 60.00 M. jährlich. Einzelhefte: 20 Pf. Druckort: Dresden.

Nr. 228 | Dresden, Freitag den 1. Oktober 1920 | 31. Jahrg.

Sachsens Fleischversorgung

1. Oktober 1890 — 1. Oktober 1920

Gestern haben in Dresden etwa 1000 Fleischermeister tagt; sie haben sich besonders mit der Sicherung der Fleischversorgung nach Aufhebung der Zwangsirtschaft beschäftigt. Aus Anlaß dieser Beratungen sächsischer Fleischermeister geht uns eine stark von Fleischermeisterinteressen beeinflusste Darlegung über die auf dem Fleischereifertigtage geplante zukünftige Fleischversorgung zu, der wir folgendes entnehmen:

Wie der Vorsitzende des Bezirksvereins Sachsen im Deutschen Fleischerverband, Obermeister Dreher, Freiberg, ausführte, sind im sächsischen Viehwirtschaften zwischen Vertretern des Viehwirtschafters, der Landwirtschaft und des Viehhändlers Maßnahmen vorgesehen worden, um für die Preisbildung im freien Handel mit Fleisch und Schlachtvieh gemeinsame Grundlagen zu schaffen, die eine ungeliebte Preisgestaltung und damit eine Schwächung der Volkswirtschaft nach Möglichkeit ausschalten sollen. Die drei Berufsgruppen bilden zu diesem Zweck gemeinschaftliche Ausschüsse mit den Verbrauchern. Die Vieh- und Fleischpreise sollen auf Grund sorgfältiger Erhebungen abgestuft werden; das so gesammelte Material wird für die Zwecke der Preisermittlung bereitgestellt. Um diese Maßnahmen durchzuführen sowie zur Herbeiführung eines Richtschnuraustausches ist ein gemeinschaftlicher Hauptausfluß für Vieh- und Fleischverkehr gebildet worden, der aus je fünf Vertretern der betreffenden Berufsgruppen und der Verbraucher besteht. Jedoch haben die drei Berufsstände ausdrücklich erklärt, daß sie jede Verantwortung und Mitwirkung ablehnen, wenn der freie Verkehr mit Vieh und Fleisch wieder durch behördliche Eingriffe, Ausfuhrverbote oder Fiktionen des Verkehrs unterbunden wird. Um für die ökonomischen Verhältnisse jeweils die Richtlinien festzulegen, ist das Reich in Wirtschaftskomitee eingeteilt worden, wobei der Freistaat Sachsen mit der Provinz Schlesien vereinigt wurde. Für jedes der neun Bezirke sind aus jedem der drei Berufsstände Obmänner und Stellvertreter ernannt worden; für Sachsen-Schlesien ist Obmann für das Fleischereiwirtschaft der Vorsitzende des Bezirksvereins Sachsen im Deutschen Fleischerverband, Obermeister Dreher, Freiberg, Stellvertreter Dr. Jüdel, Breslau. Innerhalb dieser Wirtschaftskomitees werden wieder Unterabteilungen gebildet; in den für Sachsen wurden auf dem Obermeistertage gemäß als Vertreter der Städte die Obermeister Dreher, Bischof, Dresden, und Vogel, Leipzig, als Vertreter des Landes Böhmer, Beringer, diese, Reichenbach i. N., und Lange, Bayreuth. Die Ausschüsse sollen keine festen Preise, sondern nur Richtpreise festsetzen und Grundbegriffe ermitteln, auf denen eine gesunde Preisentwicklung aufkommen kann. Es wird allerdings nicht ganz einfach sein, die Interessen des Viehhändlers, der Landwirtschaft und der Fleischer unter einen Hut zu bringen.

Für Sachsen glaubt das Ministerium, weil wir auf Zukunft angezogen sind, gewisse Bindungen durch Verhandlungen aufrechterhalten zu müssen. Barmen, das uns in bisher (bezüglich Fleisch und Eier) beliefert hat, hat sich wieder einmal, unbeschadet der Reichsverordnungen, selbständig gemacht und eine eigene Viehhandelsstelle gegründet, auf den Verkauf an außerbayerische Händler verboten. Die drei Gruppen sollen nun auf gemeinsamen Wege Vieh aufkaufen, die schließlichen Geschäftsbeziehungen schließen sich zu diesem Zweck zu einem Kartell zusammen, das Vieh nach Sachsen bringen soll. Bei Meier Einfluß will die Regierung behilflich sein, und bereits in den nächsten Tagen wird sich eine Kommission nach Wänden begeben. Da die Angelegenheit eilt, ist vorläufig die am 4. September gegründete Sächsische Vieh- und Fleischhandelsgenossenschaft damit betraut worden.

In der Zukunft wird weiter ausgeführt, daß auf die geschilderte Weise eine ausreichende Versorgung der Verbraucher zu erschwinglichen Preisen nur möglich sei, wenn alle beteiligten unberechtigten Sonderinteressen zurückstellen, und gegen wucherische Absichten scharf vorgegangen wird. Das ist ganz gewiß richtig. Wir haben indes wenig Hoffnung auf eine erträgliche Fleischversorgung nach diesem Plane. Die leitenden Persönlichkeiten mögen von den besten Absichten erfüllt sein, sie werden aber dem Trieb nach Profit kaum steuern können, der sich schon jetzt besonders bei den Viehhändlern bemerkbar macht, die den Fortfall der Zwangswirtschaft nur als eine besondere Gelegenheit zur Plusmacherei beim Handel ansehen. Wer zudem die Landwirtschaft kennen gelernt hat, der wird wissen, daß sich in agrarischen Kreisen eine Waffner bemerkbar macht, gegen die alle guten Absichten vergeblich sein werden. Schließlich werden sich auch unter den Fleischern zahlreiche Elemente befinden, die die Konjunktur weidlich auszunutzen versuchen. In der heutigen Zeit, wo alle Moral stark gelodert ist, sind die Ausfahrten auf Durchführung solcher Pläne, die lediglich auf dem guten Willen zur Zurückstellung von Sonderinteressen aufgebaut sind, besonders trübe.

Dann noch eins: Es ist von einem Hauptausfluß die Rede, in dem neben Landwirten und Fleischern auch Verbraucher vertreten sind. Wer hat letztere einhandelt oder ausgemäht? Wir müssen von vornherein sagen, daß wir gegen Verbrauchervertreter allerhand Miströhen haben, die jede Mitwirkung ablehnen wollen, wenn wieder behördliche Eingriffe kommen sollten, die doch nur im Interesse der Verbraucher ausgeübt würden. Es würde uns von Interesse sein, zu erfahren, ob die Verbraucher in den Ausschüssen von den bewährten Konsumorganisationen entsandt worden sind oder ob Landwirte und Fleischermeister solche ausgesucht haben, die ihnen gerade paßen.

In großen und ganzen sind wir der Ansicht, daß in einer Zeit des Fleischmangels besonders für ein Querschnitt wie Sachsen nur durch die Zwangsbewirtschaftung eine erträgliche Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung zu erträglichen Preisen erreicht werden kann. Wir fürchten, daß uns sehr bald eine große Fleischsteuerung beweisen wird, daß diese Ansicht die richtige ist.

Seit vor dreißig Jahren lief das Sozialistengesetz. Wir haben gestern einen Erinnerungskartell gedruckt und möchten heute zur Würdigung des Gedächtnisses ein Gedicht wiedergeben, das in jener Zeit den gewaltigen Sieg des Proletariats feierte.

Vorwärts!

Sturmgefang der Zeiten, brause immer Tom!
Laß die Luft sich brechen, brich der Trauer Front!
Gefell's Flamenschlagen fahrt die Augen licht
und die Flammen sagen: Wir erlagen nicht.
Rein, noch sind die Arme mottig wie zuvor,
leben noch das Banner leuchtend hoch empor,
und noch seh'n die Scharen dicht und ungetrennt...
Was vor dem wir waren, stark sind wir noch heut.
Und wir sind Millionen, und ihr zählt sie kaum,
frische Blätter thronen, wo einst sah' der Baum.
Wo mit schwarzem Messer ihr den Stamm verlegt,
hat er nur noch besser Zweige angelegt.
Sagt doch, was euch nützt, daß ihr roh und schlugt?
Reigt doch her die Beute, die ihr heimwärts tragt!
Schwand vor eurem Sturme auch dieses Licht?
Rein! Nach gibt es Männer: Es gelang euch nicht.
Zubeißt sehn die Horen unsern Siegeslauf...
Nützt euch nur, ihr Toren! Uns hält niemand auf.
Dem gleich einem Gotte Cyper ihr verbrannt,
Seht, er saß zum Spott machtlos auf den Sand!
Doch wir sind'n Argen in der Fremde Dom,
freudig durch die Herzen wakt der Hoffnung Strom.
Rechtsherrlich, ihr Herren, den Ruf der Rot...
Fahren wir! Wir schwinden: Freiheit oder Tod!
Wie ein Wall von Heisen, der nicht weichen kann,
Eckunggefeuert rücken wir heran.
Ob zum Berg geschwallen, auf uns niederbricht
auch Kampfenrollen, uns erdrückt ihr nicht.

Aus dem Leipziger Wähler 1890. Franz Diederich.

Das neue preussische Wahlgesetz

Berlin, 1. Oktober. Der Entwurf des neuen preussischen Wahlgesetzes ist vom preussischen Kabinett angenommen worden. Nach dem ursprünglichen Entwurf sollten auf 44 000 Stimmen ein Mandat entfallen, so daß man mit einer Gesamtzahl von 410 Abgeordneten rechnete. Um Geld zu sparen, hat man diese Zahl geändert und auf 30 000 Stimmen abgerundet. Bei der gleichen Wahlbeteiligung wie bei den Reichstagswahlen wird das preussische Abgeordnetenhaus 800 Abgeordnete umfassen. Preußen ist in 74 Kreise: Wahlkreise und 10 Verbandswahlkreise eingeteilt worden.

Bevorstehende Erhöhung des Personentarifs

Berlin, 1. Oktober. Eine Erhöhung des Personentarifs ist, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, geplant. Ueber den Zeitpunkt einer etwaigen Durchführung des Zweiklassen-systems lassen sich zur Zeit keinerlei Angaben machen.

Deutschland und der Völkerbund

Berlin, 1. Oktober. Zur Frage der Stellungnahme, die die Regierung zum Völkerbund einnimmt, ist eine Aeußerung bemerkenswert, die aus der Begründung der deutschen Friedensgesellschaft in Braunschweig, wie uns aus Braunschweig gemeldet wird, hier von Friedrich, Berlin, als Vertreter des auswärtigen Amtes in einer Rede tat. Die deutsche Regierung habe bis jetzt keine Kenntnis von irgendwelchen Schritten erhalten, nach denen Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werden soll. Die Regierung muß aber damit rechnen, daß sie über kurz oder lang vor eine Entscheidung gestellt wird. Für Deutschland liege keine Veranlassung vor, sich zur Aufnahme in den jetzigen Völkerbund zu drängen, solange in der Nähe unserer Grenzen noch Krieg geführt werde. Wenn die Zeit gekommen ist, wo Deutschland in den Völkerbund eintritt, werde es von dem mangelhaft organisierten Völkerbund eine Reform verlangen. Bis jetzt habe Deutschland mit seiner Verurteilung an den Völkerbund, z. B. in der Frage Copen-Malmö, trübe Erfahrungen gemacht.

Der Erbprinz als Waffenschleifer

Berlin, 1. Oktober. Wie wir erfahren, ist vor einigen Tagen gegen den aus dem Adlonprozeß bekannten Erbprinzen Gottfried von Hohenzollern-Vangenburg, einen Rittmeister von Urzuz und Oberleutnant v. S. bei der Staatsanwaltschaft III ein Verfahren wegen einer beabsichtigten Verschlebung von zwei Millionen deutscher Gewehre nach Holland anhängig gemacht worden. Die drei Kommissare für die Entwaffnung der Staatsanwaltschaft vorgeführt. Nach Eröffnung des Verfahrens wegen Verstoßes gegen das Entwaffnungsgesetz wurden die Festgenommenen vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt. Wie uns mitgeteilt wird, ist die beabsichtigte Verschlebung durch die Kriminalpolizei beim Reichsstaatsministerium aufgedeckt worden.

Eine Wendung in Riga?

Berlin, 1. Oktober. Eine offizielle polnische Meldung aus Riga besagt, daß Joffe in der Hauptkommission der Friedenskonferenz neue sowjetrussische Friedensbedingungen vorgelegt hat, die auf dem Grund von Trotski beruhen. Es scheint sich in erster Linie um die litauische Frage zu handeln, denn es wird darauf hingewiesen, daß Trotski selbst auf der Ansicht beharre, die Auslieferung von Litauen und Grodno an Polen würde eine händige strategische Gefahr für Rußland bedeuten. Es scheint überhaupt eine Wendung in den Rigaer Verhandlungen eingetreten zu sein, was sich schon rein äußerlich darin zeigt, daß die Sitzungen geheim sind. Zu den von Joffe ferner vorgelegten Bedingungen gehört ferner die Volkserhebung in Litauen und die Zurückweisung Wajnskiens Plan des Zug an Kurland.

Eine antibolschewistische Verschwörung

Riga, 1. Oktober. Die Joffe meldet, es sei in Moskau eine antibolschewistische Verschwörung entdeckt worden. Die ehemaligen zaristischen Offiziere, die sich in den Dienst der weißen Armee gestellt hätten, haben versucht, das Gebäude, in dem die Bolschewisten tagen, in die Luft sprengen zu lassen.

Russischer Rückzug

Warschau, 1. Oktober. Im polnischen Generalstab wird berichtet, daß am 30. September 1920 heißt es: Nach Verhörung der im Bereich des 2. und 3. zusammengezogenen Sowjet-Truppen seien unsere Abteilungen die eilige Verfolgung des Feindes in der Richtung fort. Der Feind zieht sich in unregelmäßiger Abzweigung zurück und wird nach allen Seiten von unseren Truppen angegriffen. Eine der Sowjet-Divisionen ging zu und über, nachdem sie ihre Kommissare, die sie zum Weitermachen drängen wollten, ermordet hätte. Die von Lenin vorrückenden polnischen Truppen nahmen am 30. September in einem heldenmütigen Angriff Baranowitsch.

Frankreich und wir

Die Politik der Wiederherstellung, die Frankreich gegenüber Deutschland treibt, ist falsch, weil sie sich darauf zu die Gewalt stützen möchte. Als Folge dieser französischen Kurzsichtigkeit ist jedoch in Deutschland eine französische Feindschaft emporgeschossen, die alle Verständigungsvorläufe unmöglich macht und die Gegenstände verschärft. Wir bringen deshalb einen Artikel des „neuen Dr. Reiser, der die deutsch-französische Frage ein mal von einer anderen Seite beleuchtet. Welchen möchten wir jedoch doch nach unserer Meinung das französische Problem seine internationalen Pflichten dem deutschen Proletariat gegenüber nicht nur während des Krieges, sondern vor allem nach Kriegsende gemäß verhält und in der Verantwortung- und Abrüstungsfrage geradezu mit Füßen getreten hat.

Man muß nicht Anhänger der Georg Verrückten Anschauung hinsichtlich unfreier Verhältnisse zu Frankreich sein und braucht auch die von den Sozialistischen Kommissaren Frankreich gegenüber eingeschlagene Anbiederungspolitik nicht für bedingungslos richtig zu halten, um das nachgerade zu der Ueberzeugung zu kommen, daß die dem Bolschewismus gegenüber verkehrte ist; insbesondere muß konstatiert werden, daß ein großer Teil der deutschen Klasse leider auch der linksstehenden, die Verbreitung des Verständigungsgedankens mit Frankreich nicht in dem Maße fördert, wie es notwendig wäre. Auch wenn man ein und so entschiedener Gegner des Versailles Friedenswerkes ist, ist es nicht unbedingt notwendig, jedesmal das Wort „Rechts“ vorzutragen in Gänzefüßen zu setzen; durch dieses Verhalten wird vielmehr gerade Wasser auf die Mühle unserer „kontinentalpolitiker“ geleitet.

Was wollen denn diese? Sie sind der Ueberzeugung, daß zum Wiederaufbau Europas in erster Linie eine Annäherung des deutschen Volkes an das französische stattfinden müsse. Als Voraussetzung für die Geländung Europa betrachten sie die gemeinsame Inangriffnahme der gemeinsamen Probleme durch Deutschland und Frankreich. So weit so richtig. Worin jedoch der große Irrtum der Vertreter des kontinentalen Verständigungsgedankens beruht, ist, daß sie ihrer Konstruktion zu Liebe jede für Deutschland mögliche rade feindselige Handlung Frankreichs als Feind und verständlich zu erklären und zu begründen suchen. Das ist natürlich verfehlt.

Aber auch aus den Irrtümern dieser Politiker können wir lernen. Es darf bei der Betrachtung des deutsch-französischen Verhältnisses nicht vergessen werden, daß Frankreich das am ärmsten leidtragende Volk ist. Große Teile seines Gebietes sind verwüstet, ein Teil seiner Kultur ist zerstört, und sein Wiederaufbau kann nur mit deutscher Hilfe erfolgen. Wenn wir all diese Faktoren genügend berücksichtigen, so werden wir etwas leidenschaftsloser dem ironischen Verhalten gegenüberstehen, als das bisher bei uns üblich war. Darüber hinaus hat die Sache eine grundsätzliche